

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0051/2016/AN

Antragsteller: Grüne, FDP/FWV, Bunte Linke
Antragsdatum: 02.06.2016

Federführung:
Dezernat II, Gebäudemanagement

Beteiligung:

Betreff:

Bau von Flüchtlingsunterkünften

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 11. Oktober 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	16.06.2016	Ö		
Bau- und Umweltausschuss	13.09.2016	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2016	Ö		
Gemeinderat	06.10.2016	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 16.06.2016

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 13.09.2016

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.09.2016

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 06.10.2016

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0051/2016/AN

Abbildung des Antrages:

Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

FRAKTION Bündnis 90 / Die Grünen



Poststr. 18-20
69115 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 91 466-14
Fax: +49 (6221) 91 466-12

Beate Deckart-Boller, Fraktionsvorsitzende
Dr. Sandra Detzer, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Monika Gonser
Felix Grädler
Peter Holschuh
Oliver Priem
Kathrin Rabus
Manuel Steinbrenner
Frank Wetzel

fraktion@gruene-heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 02.06.2016

Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Bau von Flüchtlingsunterkünften

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der IHK Rhein-Neckar, der Kreishandwerkerschaft Heidelberg und der Wirtschaftsförderung ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, wie regionale Unternehmen vorrangig an der Planung und dem Bau von Flüchtlingsunterkünften in Heidelberg beteiligt werden können.

Begründung:

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist daher begrüßenswert, wenn sich regionale Unternehmen Gedanken über Lösungen machen, die sowohl die aktuelle Unterbringungssituation als auch die möglichen Wohnbedürfnisse in der Zukunft berücksichtigen. Zudem würde die Stadt Heidelberg die regionale Wirtschaft durch eine solche Auftragsvergabe stärken.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gezeichnet Arbeitsgemeinschaft FDP / FWV,
gezeichnet Bunte Linke**